



Ständig unter Strom: Hierzulande wird viel mehr Energie erzeugt als gebraucht wird.

FOTO: DPA

Stromschwemme führt zu Exportrekord

Von wegen Knappheit – trotz Energiewende führt Deutschland 2015 wohl so viel Strom aus wie nie

Von Bernward Janzing

FREIBURG. Ungeachtet des Atomausstiegs steuert Deutschland in diesem Jahr auf einen neuerlichen Rekordüberschuss beim grenzüberschreitenden Handel mit Strom zu. Seit Jahresbeginn hat sich nach BZ-Informationen der Überschuss bereits auf jenes Ausmaß summiert, der im gesamten Rekordjahr 2014 erzielt worden war – 35,6 Milliarden Kilowattstunden.

Damit könnten bis zum Ende des laufenden Jahres die Stromausfuhren die-einführen um 50 Milliarden Kilowattstunden übersteigen. Das entspricht mehr als acht Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs.

Auslöser dieser Stromschwemme sind die erneuerbaren Energien, in diesem Jahr vor allem die Windkraft. Zum einen waren die Windverhältnisse in diesem Jahr in Deutschland bislang recht gut. Zum anderen werden aktuell in atemrau-

bendem Tempo neue Anlagen errichtet, auch in der deutschen See. So überschritt die Stromerzeugung aus Windkraft bereits Ende September den Saldo aus dem Gesamtjahr 2014, wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft mitteilte. Die Bilanz des ganzen Vorjahres lag bei 57,4 Milliarden Kilowattstunden, bis Ende September 2015 wurden bereits 59 Milliarden erzeugt. Der auf See erzeugte Anteil stieg von 1,4 Milliarden auf 4,6 Milliarden Kilowattstunden.

Bezogen auf alle erneuerbaren Energien lag die Stromerzeugung in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres um fast 20 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Erstmals werden die erneuerbaren Energien in diesem Jahr vermutlich mehr als 30 Prozent des deutschen Stromverbrauchs decken.

Zugleich aber laufen die Kohlekraftwerke im Land weiter, als sei nichts geschehen. Die Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle liegt aktuell etwa auf

dem Niveau des Vorjahres; die Anlagen erzeugen folglich Strom, der im Inland nicht mehr abgesetzt werden kann.

Rein rechnerisch fließt bereits die Hälfte des Stroms aus Steinkohle oder ein Drittel des Stroms aus Braunkohle ins Ausland. Doch das dürfte sich in den kommenden Jahren ändern. Bei der Bundesnetzagentur liegen inzwischen Anträge zur Stilllegung von 57 Kraftwerksblöcken vor, alleine im Sommer kamen 16 Blöcke hinzu.

Dass der Bestand an Grundlastkraftwerken den Bedarf derzeit massiv überschreitet, dokumentiert auch der Strommarkt: Der seit Jahren anhaltende Preisverfall beim Grundlaststrom ging auch in den vergangenen Monaten weiter; inzwischen wird die Megawattstunde am Terminmarkt für weniger als 29 Euro gehandelt – ein für viele fossile Kraftwerke auf Dauer ruinös niedriger Wert. Vor fünf Jahren konnten Stromerzeuger am Markt noch doppelt so viel erlösen.

Staaten einig gegen Steuertricks

OECD legt Aktionsplan vor, damit sich Konzerne vor dem Fiskus nicht mehr arm rechnen können / G20 wollen Ja dazu sagen

Von Roland Pichler

BERLIN/LIMA. Die Industrie- und Schwellenländer wollen verhindern, dass Konzerne Gewinne in Niedrigsteuerrändern verlagern, um ihre Steuerlast zu minimieren. Nach jahrelangen Vorarbeiten ist das Konzept der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fertig.

Immer mehr Staaten ist die Praxis multinationaler Konzerne wie Amazon, Google und Ikea ein Dorn im Auge, weil diese Unternehmen an Auslandsstandorten kaum Steuern zahlen. Die OECD will das Aktionsprogramm, das 15 Punkte umfasst, an diesem Montag in Paris vorstellen. Die Details sind vorab bekannt geworden.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der sich 2012 mit Großbritannien an die Spitze der Bewegung gestellt hatte und strengere Regeln für Konzerne forderte, sieht dies als großen Erfolg. In deutschen Regierungskreisen heißt es: „Wir haben einen Meilenstein in der internationalen Steuerpolitik erreicht.“

Nach Schätzungen der OECD führen aggressive Strategien zur Steuervermeidung dazu, dass vier bis zehn Prozent des weltweiten Körperschaftsteueraufkommens dem Fiskus vorenthalten werden – 100 bis 240 Milliarden Dollar jährlich.

Auch wenn Beratungsgesellschaften längst über neue Strategien zur Steuervermeidung nachdenken, hoffen die Regierungen, dass mehr Steuern in die öffentlichen Kassen fließen. Die Finanzminister der 20 großen Industrie- und Schwellenländer (G 20) wollen bei ihrem Treffen am Rande der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Lima, die am Donnerstag beginnt, das Aktionsprogramm beschließen. Einen Monat später werden aller Voraussicht nach die Staats- und Regierungschefs der G20 ihr Einverständnis erteilen. Mehr als 60 Länder haben signalisiert, dass sie mitmachen – sie umfassen 98 Prozent des globalen Sozialprodukts. 2016 soll die Umsetzung beginnen.

Dass die OECD es schafft, globale Standards durchzusetzen, hat sie mehrfach bewiesen. Sie spielte bei der weltweiten Einführung des automatischen Informationsaustauschs von Bankdaten eine wichtige Rolle. Der neue Plan muss aber noch durch die nationalen Parlamente. Um das Verfahren zu beschleunigen, sollen zunächst vier wichtige Regeln in die nationalen Steuergesetze übernommen werden. Die Sofortmaßnahmen sind:

► **Betriebsstätten:** Manche unternehmerische Tätigkeit wird in keinem Land besteuert, denn der Fiskus greift nur zu,

wenn Betriebsstätten bestehen. Doch gerade in der Internetwirtschaft ist die Definition der Betriebsstätte problematisch. Internetversandhändler besitzen in vielen Staaten Auslieferungslager, die Rechnung wird aber oft in einem Niedrigsteuerrand ausgestellt. Künftig soll der steuerpflichtige Gewinn an die wirtschaftliche Tätigkeit gebunden sein. Wenn das Auslieferungslager von großer Bedeutung für Unternehmenstätigkeit ist, wird es als Betriebsstätte eingestuft. Im Land des Auslieferungslagers müssen dann Gewinnsteuern bezahlt werden. Das heißt auch: Die deutsche Industrie, die viel im Ausland fertigt, müsste einen Teil ihrer Gewinne im Ausland versteuern.

► **Länderberichte:** Konzerne sollen den Finanzbehörden eine Liste vorlegen müssen, in der Daten der ausländischen Niederlassungen aufgeschlüsselt werden – Gewinn, Umsatz, Belegschaft, Kapitalausstattung. Diese Berichtspflicht gilt für Unternehmen mit einem Umsatz ab 750 Millionen Euro. Die Länderreports schicken etwa ein deutsches Unternehmen an die deutsche Finanzbehörde, die die Angaben den Finanzverwaltungen anderer Länder weitergibt. Die Bundesregierung betont, es gelte das Steuergeheimnis. Die Daten würden nicht öffentlich. Dennoch besteht in der deutschen Wirtschaft die Sorge, mit den Informationen könne die Industriespionage erleichtert werden. Die OECD versichert, Großunternehmen müssten keine internen Verrechnungspreise preisgeben.

► **Patentbox:** Einige Länder versuchen, Konzerne mit günstigen Steuersätzen für Lizenz- und Patenteinnahmen anzulocken. Die Erträge, die auf geistiges Eigentum zurückgehen, werden steuerlich privilegiert. Dies führt dazu, dass etwa Internetkonzerne ihre Gewinne an Standorte verlagern, wo niedrige Steuern anfallen. Diese steuerliche Vorzugsbehandlung wird als Patentbox bezeichnet. Künftig sollen Patentboxen nur erlaubt werden, wenn die zugrunde liegende Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in dem jeweiligen Land ausgeübt wird. Damit soll es erschwert werden, mit Briefkastenfirmen den Fiskus auszutricksen.

► **Schiedsverfahren:** Die neuen Regeln sehen vor, dass die Staaten bei Streit über die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen Schiedsverfahren akzeptieren. Die Entscheidungen der Schiedsgerichte sollen für die beteiligten Länder bindend sein. Damit sollen Firmen schneller Klarheit bekommen. Allerdings gibt es in Schwellenländern wie Brasilien und Indien Bedenken, weil sie dies als Eingriff in ihre Souveränität empfinden.

Der pazifische Freihandelsring ist fast fertig geschmiedet

Verhandlungen über neue Freihandelszone zwischen den USA und elf Pazifikanrainern in Endphase / US-Präsident Obama steht vor nächstem außenpolitischen Erfolg

Von Christian Mihatsch und AFP

CHIANG MAI. Während in Deutschland weiter über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA gestritten wird, standen am Sonntagabend die Verhandlungen über eine Freihandelszone rund um den Pazifik kurz vor dem Abschluss.

Die Länder der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) umfassen zwei Fünftel der Weltwirtschaft. Neben den USA sollen elf Länder dazugehören: Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam – nicht aber die Wirtschaftsmacht China.

Ursprünglich wollten die Minister der Mitgliedsländer bereits am Donnerstag die Verhandlungen abschließen, aber auch am Sonntagabend wurde noch um Details gerungen. Für drei Themen war ein Kompromiss ausstehend, wenn auch in Griffweite, wie es der australische Handelsminister Andrew Robb ausdrückte.

Einer der Streitpunkte waren die Biopharmaka. Für diese Medikamente wollen die USA acht Jahre lang „Datenexklusivität“ nach Ablauf der Patentfrist durchsetzen. Damit würde die Einführung sogenannter Nachahmerpräparate (Generika) verzögert und verteuert. Australien und Chile bestehen darauf, dass diese Frist nur fünf Jahre beträgt. Sehr nah waren sich laut Diplomaten die Parteien am

Sonntag auch bei den Verhandlungen über Autoimporte gekommen. Mexiko und Kanada wollen, dass Autos nur zollfrei gehandelt werden dürfen, die zu einem großen Teil in der TPP-Zone gefertigt worden waren. Japan hingegen will den Anteil dieser lokalen Komponenten möglichst niedrig ansetzen, da japanische Autohersteller viele Komponenten im Nicht-TPP-Land Thailand fertigen. Unklar war die Lage bei den Milch- und Zuckerquoten. Unter Druck war hier vor allem Kanada, wo am 19. Oktober ein Parlament gewählt wird. Das Land schottet seinen nationalen Milchmarkt weitgehend vom globalen Markt ab. Der weltgrößte Milchexporteur Neuseeland besteht aber auf einem deutlich besseren Marktzugang.

Sollte es zu einem erfolgreichen Abschluss der TPP-Verhandlungen kommen, wäre dies der dritte außenpolitische Erfolg für US-Präsident Barack Obama in kurzer Zeit – nach den abgeschlossenen Atomverhandlungen mit dem Iran und der Wiedereröffnung der US-Botschaft in der kubanischen Hauptstadt Havanna.

Über die Freihandelszone wird seit dem Jahr 2008 verhandelt. In den USA gehen die Meinungen zu dem Abkommen auseinander. In beiden Kongresskammern lehnen die Demokraten den Handelsplan größtenteils ab. Kritiker fürchten, dass durch mehr Freihandel in den USA angesiedelte Jobs in Niedriglohnländern verlagert werden. Die oppositionellen Republikaner, die in Senat und

Repräsentantenhaus die Mehrheit haben, stehen dagegen auf der Seite des Weißen Hauses.

Obama hatte im Juni vom Kongress Rückenwind für seine Freihandelsagenda bekommen, die auch Gespräche mit der EU beinhaltet. Die sogenannte Trade Promotion Authority (TPA) ermöglicht es dem Präsidenten, die Freihandelsabkommen ohne Querschüsse aus dem Kongress auszuhandeln und dem Parlament abschließend zu einer einfachen Abstimmung vorzulegen. Mit Europa verhandeln die USA derzeit über das Freihandelsabkommen TTIP. Es ist in der EU, vor allem in Deutschland, stark umstritten. Massive Kritik gibt es vor allem am geplanten Investitionsschutz für Unternehmen.